

Der Südwesten blickt in die Zukunft

Weiterhin nur wenig Zukunftsoptimismus

Frage: „Sehen Sie den kommenden zwölf Monaten mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?“



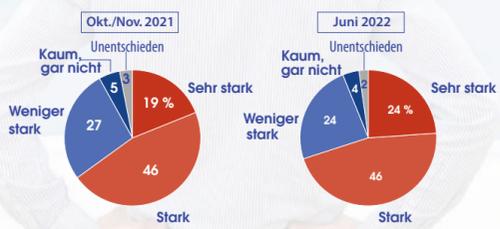
Streichliste: Bereiche, in denen der Staat sparen sollte

Hier sollte Baden-Württemberg eher sparen –

Bereich	Prozent
Große Bauprojekte	78
Kultureinrichtungen wie Theater, Museen	63
Sportförderung, Unterstützung von Sportvereinen und Sportereignissen	53
Öffentliche Einrichtungen wie Schwimmbäder, Büchereien	30
Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz	27
Forschungsförderung	26
Ausstattung der Polizei	23
Ausbau von Straßen oder Bahnstrecken	20
Ausstattung von Schulen	9
Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser, Sozialstationen	6

Nach wie vor hohe subjektive Belastung durch Preissteigerungen

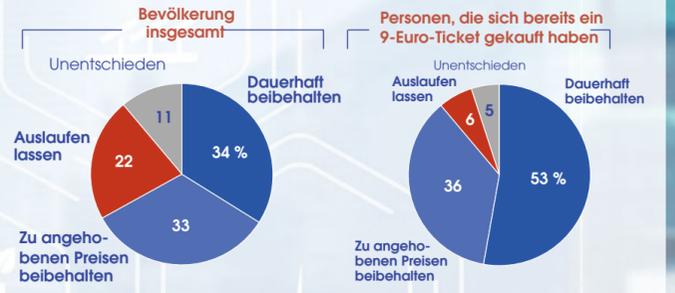
Frage: „Die Preise in Deutschland sind ja in den letzten Monaten gestiegen. Wie sehr belasten Sie diese Preissteigerungen?“



In den unteren Einkommensgruppen fühlen sich 82 Prozent von den Preissteigerungen sehr stark oder stark belastet!

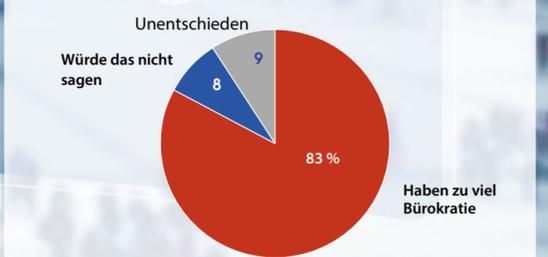
Mehrheit wünscht sich grundsätzlich die Fortführung des 9-Euro-Tickets

Frage: „Der Staat subventioniert das 9-Euro-Ticket in den drei Monaten mit circa 2,5 Milliarden Euro. Wie sehen Sie das: Sollte man das 9-Euro-Ticket nach diesen drei Monaten dauerhaft beibehalten, oder zu angehobenen Preisen beibehalten, oder nach den drei Monaten“



Zu viel Bürokratie

Frage: „Finden Sie, wir haben in Deutschland zu viel Bürokratie, oder würden Sie das nicht sagen?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre Quelle: Allensbacher Archiv, IFO-Umfrage 6164/IV

Grafik: RNZ-Repro

Große Sorgen, großer Sparwille

BaWü-Check: Laut Umfrage fühlen sich 70 Prozent der Befragten durch die Inflation stark belastet – Neun-Euro-Ticket begeistert Jugend – Kritik wegen Bürokratisierung

Von Alexander Rechner

Heidelberg. Benzin, Strom, Lebensmittel – auch in Baden-Württemberg müssen die Menschen derzeit für viele Dinge tiefer in die Tasche greifen als noch vor einem Jahr. Die steigenden Preise und der Krieg in der Ukraine bereiten den Menschen Sorgen. Sieht die Bevölkerung den kommenden zwölf Monaten mit Hoffnung oder Befürchtungen entgegen? Das war eine zentrale Fragestellung beim aktuellen „BaWü-Check“ im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage. Zwischen dem 8. und dem 14. Juni 2022 befragte das Institut für Demoskopie Allensbach dazu 1068 Menschen im Land.

> Optimismus nimmt ab: Wer im Südwesten an die Tankstelle fährt oder im Supermarkt einkaufen geht, der muss erstmal tief Luft holen und durchatmen. Die Folge: Die große Mehrheit bleibt tief besorgt. Knapp jeder Dritte blickt mit ausgeprägten Befürchtungen auf die nächsten Monate, ebenso viele mit Skepsis. Damit liegt die Zuversicht in Baden-Württemberg unter dem Durchschnitt im Bundesgebiet: In einer zeitgleich vorgenommenen bundesweiten Befragung waren 28 Prozent der Bevölkerung für die kommenden Monate zuversichtlich gestimmt.

> Spürbarer Preisanstieg: Nach einer ersten Schätzung des Statistischen Bun-

desamtes lagen die Verbraucherpreise im Juni um 7,6 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats – und im Alltag merken die Befragten, dass sie durch Preissteigerungen belastet werden. Als besonders belastend empfindet die Bevölkerung die Preissteigerungen für Benzin, Strom, Lebensmittel und Heizten. 70 Prozent fühlen sich durch die steigenden Preise sehr stark oder stark belastet. Jeder Vierte empfindet die Preissteigerungen sogar als besonders gravierend.

> Menschen sparen mehr: Teilweise müssen die Verbraucher den Gürtel daher enger schnallen. Ein Großteil versucht, sparsamer zu sein. 53 Prozent schränken sich derzeit beim Autofahren ein – und versuchen, Sprit zu sparen. Während 51 Prozent weniger Essen gehen, setzen 48 Prozent beim Kauf von Kleidung den Rotstift an. Immerhin 44 Prozent sparen bei Urlaub und Reisen.

> Neun-Euro-Ticket ist bei der Jugend „in“: Überfüllte Züge, gestresste Reisende – das Neun-Euro-Ticket hat teils für sehr hohes Fahrgastaufkommen in den Regionalzügen gesorgt. Bis zur Mitte des Monats hatten sich bereits 29 Prozent der Baden-Württemberger ein solches Ticket erworben, weitere 17 Prozent planen den Kauf. Besonders in der jungen Generation ist das Ticket angesagt: Von den unter 30-Jährigen haben es bereits zwei Drit-

tel erworben oder planen den Kauf. Von den 30- bis 44-Jährigen ist es rund jeder Zweite, von den über 60-Jährigen nur gut jeder Dritte.

> Land soll mehr Geld ausgeben: In Stuttgart laufen die Gespräche über den baden-württembergischen Doppelhaushalt 2023/24. Für Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) ein Drahtseilakt. Einerseits muss er sparen, andererseits investieren. Und just bei den staatlichen Ausgaben haben die Menschen zwischen Konstanz und Wertheim klare Vorstellungen, wofür die Landesregierung ihre Kasse weiter öffnen soll: So fordert die große Mehrheit in vielen Bereichen Mehrausgaben. Dies gilt insbesondere für Gesundheitseinrichtungen, Schulen, den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, die Ausstattung der Polizei, die Forschungsförderung, den Klimaschutz sowie für öffentliche Einrichtungen.

> Für Krankenhäuser schlagen die Herzen: Die Baden-Württemberger (94 Prozent) wollen, dass das Land mehr Geld in Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser oder Sozialstationen inves-

tiert. 91 Prozent fordern größere Investitionen in die Ausstattung von Schulen und 80 Prozent in den Ausbau von Straßen und Bahnstrecken. Und: Jeweils rund drei Viertel wünschen sich außerdem höhere Ausgaben für die Ausstattung der Polizei, für die Förderung von Forschungsvorhaben sowie für Maßnahmen zum Schutz von Klima und Umwelt.

> Bürokratie als Bremsklotz: Das Thema Bürokratieabbau bewegt die Menschen seit vielen Jahren. Jeder zweite Baden-Württemberger stimmt der Aussage zu, dass die gesetzlichen Vorgaben und Rahmenbedingungen für Unternehmen in Deutschland die wirtschaftliche Entwicklung behindern. Lediglich 18 Prozent teilen dies ausdrücklich nicht. Knapp jeder Dritte ist in dieser Frage unentschieden.

> Ärger auf dem Amt erlebt: Ihr Urteil über die Bürokratie beruht oft auf persönlichen Erfahrungen. So geben 69 Prozent der Menschen zu Protokoll, dass sie sich in den letzten fünf Jahren über zu viel Bürokratie in einem Amt oder einer Behörde geärgert haben.

> Steuer-Dschungel sorgt für Unmut: Die Bevölkerung weiß eine Vielzahl an Bereichen zu benennen, in denen es aus ihrer Sicht zu viele und zu komplizierte Regelungen gibt – allen voran bei der Steuer. 62 Prozent vertreten diese Auffassung und

nennen die Steuer. Für 54 Prozent gibt es auch bei der Gesundheitsversorgung und der Pflege zu viele gesetzliche Vorgaben. 52 Prozent beklagen Anzahl und Komplexität der staatlichen Vorgaben im Baubereich, jeweils knapp vier von zehn auch beim Datenschutz sowie beim Erbrecht und bei Nachlassregelungen.

> Zweifel am Abbau bürokratischer Hürden: Die Möglichkeiten, bürokratische Hürden zu beseitigen, wären aus Sicht der Bevölkerung also vielfältig. Doch: Ob deren Umsetzung tatsächlich gelingt, daran bestehen weit verbreitete Zweifel. Immerhin 46 Prozent der Südwest-Bevölkerung halten es grundsätzlich für möglich, dass in Deutschland Bürokratie in größerem Umfang abgebaut werden kann. Aber: Fast ebenso viele äußern Bedenken. Sie gehen von einer nur schweren Umsetzung aus.

> Gegenwind für schnelleren Ausbau von Windkraft: Die Baden-Württemberger haben erhebliche Vorbehalte gegenüber Abbau staatlicher Vorgaben beim Ausbau der Infrastruktur für die Energieversorgung. Nur 31 Prozent würden es begrüßen, wenn es zugunsten eines schnelleren Ausbaus von Windkraftanlagen oder Stromtrassen beim Klima- und Umweltschutz weniger strenge Auflagen gäbe. 39 Prozent halten dies hingegen für keinen guten Weg.

Land will Polizeistudie doch ermöglichen

Im Südwesten ist eine Debatte zwischen Politik und Gewerkschaft entbrannt – Kretschmann will Veto des Personalrats nicht hinnehmen

Von Henning Otte

Stuttgart. Die Polizei in Baden-Württemberg schert aus und boykottiert eine bundesweite Studie zu Erfahrungen und Einstellungen von Polizeibeamten. Nach einem Veto des Hauptpersonalrats wird ein Online-Fragebogen der Deutschen Hochschule der Polizei zunächst nicht an die Dienststellen verteilt, obwohl Innenminister Thomas Strobl (CDU) und Polizeipräsidentin Stefanie Hinz für eine Teilnahme geworben hatten. Ministerpräsident Winfried Kretschmann will das nicht einfach so hinnehmen. „Wir wollen, dass diese Studie gemacht wird“, sagte der Grüne am Dienstag. Er werde klären lassen, ob der Hauptpersonalrat überhaupt die Möglichkeit habe, die Teilnahme der Beschäftigten der Polizei an der Studie zu blockieren. „Das kann ich mir nicht vorstellen“, so Kretschmann. Die Studie geht auf den früheren Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU)



Die Polizei im Land boykottiert eine Studie zu Erfahrungen von Beamten im Dienst. F.: dpa

zurück, der damit auf Forderungen reagierte, möglichen Rassismus und Rechtslastigkeit in der Polizei zu untersuchen. Die Untersuchung wurde dann aber deutlich breiter angelegt. Alle Innenminister der Länder unterstützen das Forschungsprojekt zu „Motivation, Einstellung und Gewalt im Alltag“ von Polizisten. In fast allen anderen Bundesländern ist die vom Bund initiierte Befra-

gung schon abgeschlossen – nur in Hamburg hat sich ebenfalls der Hauptpersonalrat dagegen entschieden.

Die Frage ist, ob die Spitzen der grün-schwarzen Koalition die Studie nun gegen den Willen der Personalvertretung vornehmen lassen wollen. Dem Vernehmen nach wollte Polizeipräsidentin Hinz diese unbedingt einbinden, um die Akzeptanz unter den Beschäftigten zu erhöhen. Ein echtes Mitbestimmungsrecht habe der Hauptpersonalrat aber nicht. Die Teilnahme an der Umfrage wäre für alle Beamtinnen und Beamten freiwillig gewesen.

Die FDP-Innenexpertin Julia Goll sieht in dem Veto ein Zeichen, „dass Strobl das Vertrauen der Basis völlig verloren hat“. Es gebe offenbar großes Misstrauen gegenüber allem, was aus dem Ministerium kommt – „dabei wäre der Inhalt der Studie auch aus unserer Sicht durchaus unterstützenswert, kann er doch dabei helfen, Pauschalverurteilungen der Polizei entgegenzutreten“.

Das sieht Rainer Wendt, Bundeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft, anders. Er hält das Nein für völlig nachvollziehbar. Personalräte seien nicht dazu da, den Willen der Politik zu exekutieren, so Wendt. Im Übrigen gebe es große Zweifel an der Unabhängigkeit der Studie der Deutschen Hochschule für Polizei in Münster. „Die Polizei hat die Nase gestrichen voll von diesen ganzen Rassismus-Studien, die nichts anderes als den Zweck verfolgen, die ohnehin bei vielen vorhandene Auffassung zu bestätigen, dass die Polizei eine rassistische Schlägerbande sei.“

Wendt sagte, die Tatsache, dass außer Baden-Württemberg und Hamburg alle Länder bei der Studie mitmachten, sage nichts über die Akzeptanz bei der Polizei aus. Denn in vielen Ländern sei der Hauptpersonalrat nicht nach seiner Zustimmung gefragt worden. „Man hätte aber überall fragen müssen“, so Wendt. An der geringen Rücklaufquote der Fragebogen erkenne man die sehr niedrige Akzeptanz.

Ministerpräsident befürchtet Arbeitslose

Stuttgart. (tw) Mit einer Regierungserklärung vermutlich noch vor der Sommerpause will Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) die Bevölkerung und die Wirtschaft im Land auf eine drohende Gasmangellage und ihre Konsequenzen einstellen. „Es droht die Gefahr einer Rezession“, sagte Kretschmann bei der Regierungspressekonferenz. Eine Gasmangellage könne dazu führen, dass Branchen, die Gas als Prozessenergie benötigen, zumachen müssen, so der Ministerpräsident. Dies bedeute „ganz schnell viele Arbeitslose“. Und weiter: „Da geht es im Ernstfall um Tausende von Arbeitsplätzen. Da geht es darum, ob den Winter durchgeheizt werden kann.“

Das Kabinett hat sich am Dienstag laut Kretschmann ausführlich mit dem Thema befasst, noch vor der Sommerpause sollen Beschlüsse der Landesregierung gefasst werden. Erarbeitet werden sollen Einsparvorschläge in der Industrie und in Privathaushalten, um das Ziel zu erreichen, die Gasspeicher bis zum Winter zu füllen.